

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Schleichender Prozess“

Die europäische Währungsunion ist wegen zu großer Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern gefährdet. Zu diesem nicht gerade überraschenden Ergebnis kommt eine neue Studie, die unter Mitwirkung des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) entstanden ist. Der Maastricht-Vertrag habe sein Ziel verfehlt, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen. Das Gegenteil sei eingetreten: Die Differenzen hätten sogar zugenommen. Die EZB könne den unterschiedlichen Konjunkturlagen nicht gerecht werden und sei daher permanent überfordert. Der Euroraum werde nur durch historisch einzigartige, große Hilfskredite sowie durch die extrem expansive Geldpolitik der EZB zusammengehalten, die sich damit „an den äußersten Grenzen ihres Mandats“ bewege. Die Wirtschaftswissenschaftler weiter: „Die Grundfeste der Eurozone wurden im Zuge der Rettungsmaßnahmen schwer beschädigt“. Der Euroraum befinde sich „in einem schleichenden Prozess zu einer Haftungs- und Transferunion“, der demokratisch nicht abgesichert und damit fragil sei. Hinzu komme, dass Reformzusagen und Stabilitätsvorgaben von den Schuldenländern nicht eingehalten würden.

„Existenzielle Probleme“

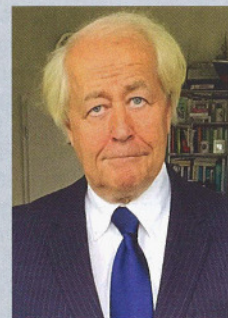
Vor dem Hintergrund des 25 jährigen Jubiläums des Vertrags von Maastricht fand kürzlich ein – von der Öffentlichkeit unbeachtetes – Symposium der Deutschen Bundesbank statt. Der Chefvolkswirt sprach dabei von „existenziellen Problemen“ der Währungsunion, die von Kritikern je nach Lesart als „Hegemonie-

projekt“ oder „Transferunion“ bezeichnet werde. Er plädierte dafür, die Verbindung zwischen angeschlagenen Banken und Staatsfinanzen zu lösen. Aus den umstrittenen Anleihekäufen der EZB entstehe die Gefahr, auf eine schiefe Ebene zu geraten. Die Notenbanken verlören ihre Unabhängigkeit, wenn sie Hauptgläubiger der Staaten würden. Der Finanzwissenschaftler Kai Konrad forderte eine Rückkehr zum No-Bailout-Prinzip: „Eine weitere Zentralisierung oder gar eine Transferunion werden die Völker nicht mitmachen“. Dass diese berechtigten Appelle in der jetzigen EU-Realität keine Chance auf Berücksichtigung haben, zeigte am selben Tag eine EZB-Veranstaltung in Brüssel. Thema dort war die Absicht, die Bankbilanzen über eine europaweite „Bad Bank“ von faulen Krediten zu bereinigen, die sich bereits auf über 1 Billion Euro summieren. Nur zum Vergleich: Das deutsche BIP lag 2016 bei 3,13 Billionen Euro. Die Vergemeinschaftung von Risiken zulasten des deutschen Steuerzahlers steht also nicht nur bei der EZB, sondern auch bei den südeuropäischen Schuldenländern weiterhin ganz oben auf der Polit-Agenda.

Exportüberschuss

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 mit einem Exportanstieg um 1,2 % auf 1,2 Billionen Euro zum dritten Mal in Folge einen Ausfuhrrekord erzielt. Dabei wuchs das Auslandsgeschäft mit den EU-Ländern um 2,2 %, während das mit dem Rest der Welt um 0,2 % zurückging. Auch der Exportüberschuss von knapp 253 Mrd. Euro erreichte einen neuen Spitzenwert, was die internatio-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

nale Kritik weiter befeuern dürfte. Für das laufende Jahr rechnet der BGA mit einem erneuten Exportplus von „bis zu 2,5 %“.

Soll und Haben

EZB-Chef Draghi hat in einem Brief an italienische Parlamentarier erklärt: „Falls ein Land das Eurosystem verlässt, muss dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der EZB vollständig ausgleichen“. Diese an sich selbstverständlich klingende Feststellung wirft Fragen auf nach der Realisierbarkeit im Ernstfall. Wie und bei wem sollte Deutschland, das gegenwärtig Target 2-Forderungen in Höhe von fast 800 Mrd. Euro gegenüber den übrigen Euro-Ländern hat, diese Ansprüche geltend machen, wenn ein Schuldenland aus dem Währungsverbund austritt und den Staatsbankrott erklärt? Ifo-Chef Fuest hat davor gewarnt, dass das Risikovolumen dank einer unkontrollierten Kapitalflucht nach Deutschland explodieren könne. Und er hat für den Fall, dass sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen Le Pen durchsetzen sollte, die unverzügliche Einführung von Kapitalverkehrskontrollen in Europa gefordert. Dass sich mittlerweile führende Ökonomen im unverbrämten Klartext zu nicht mehr abschließbaren Extrem-Szenarien äußern, offenbart die schwelende Dramatik der weitestgehend

ungelösten Euro-Krise.

Frage des Vertrauens

Vertrauen ist offenbar ein äußerst scheues Reh. Nur 38% der Bundesbürger glauben - einer neuen Studie zufolge - mittlerweile noch, dass das politische System hierzulande grundsätzlich funktioniert. Gegenüber der Vorjahresbefragung haben Regierungen und Medien weiter an Vertrauen eingebüßt, während die Wirtschaft leicht zulegen konnte. Deutlich verloren haben auch die NGOs, die über lange Jahre hinweg mit ihrem selbst verpassten Robin-Hood-Image auf den Wellen der wohlwollenden öffentlichen Wahrnehmung gesurft sind. Schaden genommen haben dürfte das Ansehen mancher Weißritter-Organisationen vor allem durch die Erkenntnis, dass hehre gemeinnützige Zielvorgaben mitunter nur als Lokomotive zur Kaschierung ideologischer Indoktrination und/oder kommerzieller Geschäftsmodelle missbraucht worden sind. Die Grauzone, in der sich einige NGOs dank z.T. erheblicher staatlicher Subventionierung als finanzielle Existenzsicherung so mancher Akteure selbstzweckhaft etabliert haben, verdient kritische Beobachtung. Darunter leidet naturgemäß die große Mehrheit der integren Organisationen, die sich mit offenem Visier ehrenhaft für unterstützungswürdige Ziele einsetzen.